

202511_SACH_015

Antragsteller:

Mitgliedsnummern:

eMail-Adressen:

Datum: 2. November 2025

Inhalt des Sachantrags: Neutralität ins Grundgesetz

abstimmungsfähiger Wortlaut:

Der Bundesparteitag möge Folgendes beschließen: Die Partei dieBasis will erreichen, dass die Neutralität Deutschlands mit folgender Formulierung ins Grundgesetz aufgenommen wird: "Von dem Willen beseelt, dem Frieden der Welt zu dienen erklärt Deutschland seine immerwährende Neutralität. Demgemäß wird Deutschland in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen angehören, sein Militär nur zur Landesverteidigung bereitstellen, kein Kriegsmaterial exportieren, fremde Kriegsparteien nicht finanzieren und militärische Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen. Deutschland nutzt seine immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als aktiver, Frieden stiftender Vermittler zur Verfügung." dieBasis geht mit dieser Zielvorstellung in die Öffentlichkeit.

Begründung:

Die friedenspolitischen Perspektiven der Partei dieBasis mit der Zielvorstellung der Neutralität Deutschlands sind ein

Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Parteienlandschaft. Das soll mit der Forderung nach Aufnahme des Frieden stiftenden Neutralitätsgedankens in das Grundgesetz noch stärker herausgestellt werden. Neutralität ist ein Gegenpol zu der militärischen Eskalation, die zu einem Weltenbrand zu werden droht, in dem besonders Deutschland zur Zielscheibe wird. Die Partei dieBasis macht mit dem Neutralitätsgedanken deutlich, dass sie sich gegen die exorbitante Steigerung der Rüstungsausgaben durch "Sondervermögen" genannte Kriegskredite stellt. Die Partei dieBasis orientiert mit dem Neutralitätsgedanken in Richtung Kooperation mit anderen europäischen neutralen Staaten wie Schweiz, Österreich und Irland. Neutralität macht es zudem leichter, dass Deutschland sich einem Bündnis wie BRICS anschließt.